

Verteilungsbericht

Unter dem Titel „Einkommensungleich als Gefahr für die Demokratie“ hat die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung einen Bericht über die aktuelle Ungleichheit und deren Bedeutung für die Standfestigkeit der deutschen Demokratie veröffentlicht.¹

Die relative Einkommensarmut ist zwar im Vergleich zum Vorjahr geringfügig gesunken, doch sie nimmt im Trend seit 2010 eindeutig zu. War zuvor der Anteil der Personen, die über ein Einkommen von 60 Prozent oder weniger des Medianeinkommens verfügen, noch bei 14,5 Prozent, so ist dieser Wert bis 2022 auf 16,7 Prozent angestiegen.²

Menschen in relativer Armut haben eine geringere Lebenszufriedenheit und fühlen sich häufiger gesellschaftlich geringgeschätzt.³ Das Misstrauen in politische Institutionen wie Polizei, das Rechtssystem, Bundestag, Parteien und Politiker steigt mit geringerem Einkommen. Bei Letzterem merken die Autoren jedoch an, dass die Ergebnisse nicht zwingend Kausalzusammenhänge widerspiegeln. Bildung, Alter oder Erwerbsstatus könnten beispielsweise ebenfalls Gründe für das Ergebnis darstellen.⁴

Zum Ende des Berichts sprechen sich die Forscher im Lichte ihrer Resultate für einen höheren Mindestlohn, die Förderung sicherer und gut bezahlter sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse, Weiterbildungsqualifikationsmaßnahmen, eine stärkere Tarifbindung, den Ausbau Kinderbetreuungsangebote und eine höhere Besteuerung von Reichen und Superreichen aus.

¹ <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-11/verteilungsbericht-2023-armut-vertrauen-demokratische-institutionen>

² https://www.wsi.de/fpdf/HBS-008729/p_wsi_report_90_2023.pdf, S. 9. (Fortan beziehen sich alle Seitenangaben auf dieses Dokument.)

³ S. 14f

⁴ S. 16